

**Austausch mit MdL Prof. Dr. Mario Voigt (CDU) im Rahmen der
Veranstaltungsreihe „Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“
am Montag, d. 15. April 2024 um 19.00 Uhr in Erfurt, im Großen Saal des
Johannes-Lang-Hauses in der Allerheiligenstraße 10**

MdL Prof. Dr. Mario Voigt:

Herzlichen Dank für die Einladung, ich finde es ein ungemein spannendes Format, auf das ich mich gefreut habe. Liebe Schwestern und Brüder, ich finde es wichtig, dass wir solche grundsätzlichen Debatten führen. Wenn wir im Landtag häufig zu technischen Fragen oder inhaltlichen Schwerpunktthemen reden – z.B. zu Bildung oder innerer Sicherheit – steht dahinter immer eine grundsätzliche Vorstellung davon, wofür wir mit unserer Politik stehen und was einen antreibt und warum man in diese Welt gestellt ist. Ich freue mich auf die Debatte! Ich weiß, es ist ein strenges Korsett geschnürt und insofern versuche ich jetzt mit ein paar Spiegelstrichen einiges deutlich zu machen und dann steigen wir in die Debatte ein.

Ich war gestern in Weimar zu einer schönen Veranstaltung – das Jubiläum 100 Jahre Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ wurde gefeiert. Das war eine ganz spannende Veranstaltung, weil dort in vielen Redebeiträgen deutlich wurde, wie spannungsgeladen unsere Zeit ist. Wir befinden uns in großen Veränderungsprozessen, in denen wir logischerweise immer auch sehr grundsätzlich debattieren.

Zur ersten Frage: Auf welche Akzente des christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes bezieht sich ihre Partei positiv?

Ich will mal relativ persönlich antworten - ich bin ja stellvertretender Vorsitzender unserer Programm-Grundsatzkommission und gerade damit beschäftigt, unser CDU-Grundsatzprogramm zu schreiben. Dabei geht es genau um diese grundsätzlichen Positionen. Ausgangspunkt jeglicher, inhaltlicher Überlegungen ist das christliche Menschenbild. Das christliche Bild vom Menschen ist für uns Ausgangspunkt der politischen Handlungen: dass jeder Mensch einzigartig ist, dass jeder Mensch selbstbestimmt leben, dass er seine Talente frei entfalten soll und dadurch natürlich auch in Verantwortung vor der Gemeinschaft und vor der Natur.

Das ist für uns ein Spannungsbogen, den wir aufmachen und ich würde behaupten, dass es nicht so viele andere Parteien gibt, bei denen solch ein Bezug auf das christliche Menschenbild explizit in einem Grundsatzprogramm benannt wird.

Die Überschrift unseres neuen Grundsatzprogramms lautet: „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“ – da können Sie den Spannungsbogen gut sehen. Auf der einen Seite „Freiheit“ – dass jeder in die Welt gesetzt ist und sich selbst entfalten können soll, weil er Gott ebenbildlich ist und auf der anderen Seite – „Sicherheit“ - also dass jeder ein Umfeld braucht, wo das gelingt.

Dieser Spannungsbogen ist uns sehr wichtig. Der Einsatz für beides treibt uns an. Freiheit und Sicherheit sind für uns unterschiedliche Pole, die sich gegenseitig auf der einen Seite bedingen, aber andererseits auch manchmal in Konflikt miteinander stehen. Das ist gerade in Zeiten, wo wir über Krieg reden, wo wir über Umweltkrisen reden, wo wir über die Frage sprechen, wie sich unsere Welt verändert sehr wichtig. Und entscheiden dies immer wieder gut auszubalancieren. Es für uns auch wichtig, dass wir diesen Sicherheitsbegriff ganzheitlich begreifen: Es geht nicht nur um innere oder äußere Sicherheit. Es geht auch um soziale Gewähr, um soziale Stabilität, um soziale Sicherheit. Das sind die Dinge, die uns da antreiben und insofern ist das christliche Menschenbild konstitutiv. Das wird in unserem Grundsatzprogramm sehr deutlich. Das ist für mich auch ein persönlicher Antrieb - ich bin praktizierender Christ und auch deshalb freue ich mich, wenn meine Partei das mit großem Selbstbewusstsein vorträgt.

Herr Demut hat mich gefragt: Wo sehen Sie Reibungspunkte zwischen der Programmatik Ihrer Partei und dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild? Nun, ich will nicht sagen, dass das Reibungspunkte sind - aber es sind zu mindestens Dinge, die man unterschiedlich beantworten kann und ich will mal zwei Punkte herausgreifen.

Ein Reibungspunkt besteht sicher in der Frage, wie kommen wir zu einem gelingenden Leben und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und Natur. Auf der einen Seite ist schnell aufgeschrieben, dass wir für erneuerbare Energien sind und das alles nachhaltig gestalten wollen – doch dann in der politischen Auslegung gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen darauf. Also im neuen Grundsatzprogramm sprechen wir uns sehr stark für erneuerbare Energien aus – aber wir schreiben auch, dass Deutschland auf die Option von Kernkraft nicht verzichten kann. Die Anti-Kernkraft-Bewegung war in Deutschland durchaus stark in einer christlichen Sicht auf die Welt verwurzelt. Ich würde das nicht als Reibungspunkt bezeichnen – doch es ist offensichtlich, dass wir in der CDU dies weiter sehen und ich stehe zum Offenhalten der Kernkraft-Option, wie sie in unserem

Programm markiert ist. Die sichere und bezahlbare Energieversorgung ist für das Leben vieler Menschen in Thüringen wichtig.

Vielleicht ein zweiter Punkt, bei dem wir Reibung sehen können: Sie wissen, dass auch hier bei uns in Thüringen, aber auch darüber hinaus, das Thema Asylpolitik eine große Rolle spielt. Wir als Christen sind immer aufgerufen, den Mantel nochmal zu teilen. Wir sind aufgerufen zu helfen. Das ist auch ein Impetus, der mir persönlich sehr wichtig ist. Gleichzeitig begegnet uns hier wieder der Spannungsbogen „Freiheit und Sicherheit“. Menschen in Not zu helfen, aber auch die Begrenztheit der eigenen Ressourcen ist wichtig. Gauck: Herz ist groß, Mittel begrenzt. In unserer Formulierung zur Asylpolitik geht es um „Humanität und Ordnung“, es geht um die Frage, dass wir Verfahren zu Asylrechten in sogenannten sicheren Drittstaaten machen wollen, also außerhalb Deutschlands, außerhalb der Europäischen Union. Das ist ein Spannungsbogen.

Das bringt mich zur zweiten Fragen: Was ist aus ihrer Sicht die aktuell größte Herausforderung für den Freistaat Thüringen?

Da würde mich interessieren, wie Sie das für sich sehen. Für mich kann ich deutlich machen, dass ich eine sehr grundsätzliche Frage darin sehe, ob ich ein positives Bild und eine Zukunftsidee und Vision von diesem Land habe oder ob ich apokalyptischen Untergangsszenarien glaube, die von manchen vorgetragen werden? Das ist eine sehr grundsätzliche Frage. Es gibt viele inhaltliche Themen, die ich heute gern heute mit ihnen diskutieren möchte. Doch die Frage eines positiven Bildes von meiner Heimat - ich komme aus Ostthüringen, aus der Nähe von Jena - das beschäftigt mich sehr! Für mich als Christen bedeutet Glaube immer Welt-Bejahung. Wir glauben, wir sind in diese Welt gesetzt, um sie jeden Tag ein Stück besser zu machen - das ist schon was anderes als diese Weltverneinung, die ich von anderen politischen Akteuren vernehme, die mehr über Apokalypse, über Katastrophe, über Untergang reden. Das sehen wir anders. Das sehe ich persönlich auch anders: Gott ist in der Welt und weil ER in der Welt ist, ist auch Mut und ist auch Hoffnung in der Welt. Habe ich eine positive Idee und Visionen von diesem Land, wo es hingehen soll, dass Thüringen wieder vorankommt? Oder glaube ich daran, dass das nicht händelbar, dass das Problem nicht lösbar ist? Das steht für mich grundsätzlich über der Debatte, auch wenn es darunter viele konkrete Fragen gibt. Da sehe ich besonders drei Herausforderungen:

Erstens ist demografisch gesehen Thüringen das zweitälteste Bundesland nach Sachsen-Anhalt. Das heißt: Wir müssen Fragen früher beantworten als andere Bundesländer: Im Bereich der Gesundheitsvorsorge, in der Frage, wie können wir die Fachkräfte, die uns fehlen, kompensieren, in der Frage der Bildungspolitik, wie schaffen wir eigentlich diesen Übergang sinnvoll zu lösen? Unsere Lösungen müssen schneller sein als in anderen Bundesländern, weil wir auf das Problem viel viel früher geworfen sind. Sie vielleicht hier im Kirchenkreis Erfurt nicht so sehr - aber ich komme viel in Thüringen umher, gerade im ländlichen Raum - da sind das massive Themen, die uns beschäftigen und deswegen glaube ich, dass diese demografische Herausforderungen eine große Rolle spielen. Die zweite ist sicherlich in vielen einzelnen Themenfeldern zu suchen. Beispielsweise in der Schule: Wenn Sie sich überlegen, dass in Thüringen momentan jede 10. Schulstunde ausfällt. Ich bin zweifacher Familienvater. Wenn früh mein Sohn sagt, die erste Stunde fällt aus, kann ich Ihnen sagen, da bin ich nicht so erfreut! Da gehe ich aus dem Haus und da schwillt mir ehrlicherweise der Kamm. Hier geht es um Lebenschancen: Finden die jungen Menschen Bedingungen vor, beste Chancen sich zu bewähren, sich zu entwickeln, ihren Lebensträumen und ihren Talenten nachzustreben oder nicht? Das ist eine Frage, die muss Politik klar beantworten. Wenn ein Staat für etwas da ist, dann ist das in den Fragen Bildung, Infrastruktur, Gewährung von Sicherheit im allumfassenden Sinne und von gleichwertigen Lebenschancen, egal wo man lebt. An dem Punkt geht es wieder um das Thema Zukunftsvisionen. In vielen Gesprächen, die ich führe, ist für die Leute immer das Thema, dass das Leben so kompliziert und so teuer geworden ist.

Wir brauchen wieder mehr Lebensbejahung - es ist unser generelle Anspruch, dass das Leben für die Leute in Thüringen wieder einfacher werden muss: Im wirtschaftlichen Umfeld weniger Bürokratie, im nachbarschaftlichen Umfeld mehr Zusammenhalt und das ist vielleicht jetzt der dritte Spiegelstrich:

Das, was mich als Politiker am meisten beschäftigt, neben diesen großen Fragen: Wie kriegen wir die Verhärtungen in unserer Gesellschaft wieder aufgelöst? Es wird Ihnen in der Nachbarschaft nicht anders gehen, als es mir in den Gesprächen häufig geht: Menschen tragen sehr viel Sorge, sehr viel Unsicherheit, manchmal auch Frust in sich. Unsere Gesellschaft wird permanent so ein bisschen auseinandergetrieben. Das, was uns einen sollte, was uns wieder zusammenführen sollte, ist genau jener Zusammenhalt, jenes Miteinander. Auch hier gehe ich grundsätzlich weltbejahend an

diese Herausforderung heran: Wir können das gestalten, wir können das möglich machen! Das muss uns motivieren, muss uns antreiben!

Zu Ihrer letzten Frage: *Welche Chancen Herausforderungen sieht ihre Partei für die verfassungsrechtlich garantierten Formate der positiven Religionsfreiheit?*

Demut: Die positive Religionsfreiheit, die nicht nur fürs Christentum gilt!

Prof. Dr. Voigt:

Das hab ich auch nicht so verstanden, keine Sorge!

Ich will am Beispiel Religionsunterricht verdeutlichen, was mir hier wichtig ist.

Meine beiden Söhne nehmen am Religionsunterricht teil. An der Schule meines großen Sohnes kommt aus den vier Klassen der Jahrgangsstufe genau noch eine Klasse evangelischer RU zustande. Für eine Klasse katholischen Religionsunterricht müssen in Jena Schülerinnen und Schüler aus vier Schulen (!) zusammengefasst werden, damit eine Klasse zustande kommt. Ich finde: Wir müssen in der Frage, wie wir Glauben in dieser Gesellschaft leben, sehr viel mutiger sein, es auch stärker öffentlich bekennen, öffentlich sichtbar machen, für wie wichtig wir religiöse Bildung halten!

Es gibt weltweit keine größere Grenze zwischen einem Gebiet mit „religiös unmusikalischen“ Leuten und einer religiösen Bevölkerung als zwischen dem ehemaligen Gebiet der DDR und Polen. Wenn Sie sich das anschauen – das ist eine der größten Unterschiede, die es in der Welt gibt. Das bewegt mich! Vor Jahren habe ich deswegen der damaligen Landesbischöfin Ilse Junkermann gesagt, dass mir daran läge, den Religionsunterricht auszuweiten. Sie antwortete damals, dass wir das Personal gar nicht dafür haben, den Religionsunterricht noch auszuweiten. Das habe ich dann akzeptiert. Gleichzeitig wurde ein Projekt gestartet, den Religionsunterricht an Berufsschulen zu stärken. Ich finde das nachvollziehbar, doch ich sage Ihnen: Wir müssen in der Grundschule und dann in weiterführenden Schulen die religiöse Bildung stärken. Was die Kinder zu Beginn nicht lernen, können wir ihnen in einer Berufsschule nicht mehr nahebringen. Ich bin dafür, dass wir die positive Religionsfreiheit stärken – u. a. durch eine Stärkung des Religionsunterrichts. Natürlich immer mit der klaren Trennung von Staat und Kirchen. Doch in unserem Grundgesetz ist die Religionsfreiheit ein zentrales Element, auch die negative Religionsfreiheit. Und gleichzeitig brauchen wir ein Bewusstsein dafür,

was unsere Gesellschaft als Fundament hat. Was prägt uns? Was trägt uns? Wir sind ein christlich geprägtes Land. Dazu gehört nach meiner Überzeugung das Zeigen von christlichen Symbolen, dazu gehört, dass wir Religionsunterricht tatsächlich auch anbieten, dazu gehört, dass wir Feiertage tatsächlich auch wertschätzen und ehren. Das heißt im Umkehrschluss für mich nicht, dass man nicht darüber diskutieren kann, ob man die Öffnung von Läden an mehr Sonntagen als bisher erlaubt.

Trotzdem geht es mir erstmal darum, für ein Bekennen zum Glauben zu werben. Und das ist ja auch Auftrag der Kirche: Öffentlich einzustehen für den Glauben. Ich finde, das sollte uns antreiben. Nun wir sind hier nicht nur einseitig auf die Frage geworfen, wie es den Christen geht. Es geht auch um die Frage: Wie gehen wir mit anderen Religionen um? Ich habe da sehr plurale Vorstellungen von der Gesellschaft. Ich will das gern befördern, dass Juden, dass Muslime, dass auch andere ihre Religion ausleben können. Ich glaube, wir sollten da eine sehr plurale Sichtweise haben. Wer selbst seinen Standpunkt gut kennt, muss keine Sorge haben, dass auch andere ihren Standpunkt vortragen. Gleichzeitig gehört zur Realität auch dazu, dass manche unter dem Deckmantel von Religionen versuchen, fundamentalistische Positionen deutlich zu machen. Da sage ich Ihnen in aller Offenheit: Ich bin kein Fan davon, was zum Beispiel Koran-Schulen angeht, das wir da laissez-faire walten lassen. Wenn wir das Grundgesetz ernst nehmen, dann muss sich alles im Rahmen dessen bewegen, was bei uns rechtlich geschützt und gedeckt ist. „Ja“ zum Dialog mit Muslimen, aber Nein zu Islamismus. Das haben wir auch im Grundsatzprogramm sehr deutlich gemacht: Wir brauchen eine differenzierte Herangehensweise. Und sicher sind wir in einer ganz besonderen Verantwortung, wenn wir über Antisemitismus nachdenken. Der Schutz des Staates Israel ist deutsche Staatsräson. Meiner Meinung nach zu Recht. Wir haben hier in Erfurt die älteste Synagoge Europas. Wir haben eine besondere Verantwortung.

Ich denke, dass wir jetzt einen Spannungsbogen haben, über den ich jetzt gerne mit Ihnen diskutieren möchte. Ich hoffe, ein paar Impulse geboten zu haben, über die wir jetzt angeregt debattieren können. Danke, dass Sie alle hier im Raum sich die Zeit für diese Veranstaltung nehmen!

Dr. Demut:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Voigt für Ihren Impuls! Ich finde es eine schöne Fügung, dass wir mit Ihnen gerade jetzt sprechen können, da der Entwurf Ihres neuen Grundsatzprogramms auf dem Tisch liegt, jedoch Ihr Bundesparteitag noch vor Ihnen liegt. Vielleicht können Sie aus dem heutigen Abend noch ein paar Anregungen mitnehmen.

Prof. Voigt:

Ich sag jetzt mal „ja“: Wir haben zwar am letzten Freitag 2100 Änderungsanträge zu dem Grundsatzprogramm in unserer Kommission diskutiert. Wenn jetzt noch zwei oder drei dazu kommen, nehmen wir die mit ... aber ich bin auch erstmal froh, dass wir mit unserem Abstimmungsprozess so weit gekommen sind.

Dr. Demut:

Ich habe Ihnen gut zugehört, ich habe Ihr Grundsatzprogramm gelesen und in einem ersten Bogen möchte ich mich gern anknüpfend und auch widersprechend auf das beziehen, was ich gehört habe. Natürlich haben Sie dann noch einmal Gelegenheit, darauf zu reagieren.

Lieber Herr Voigt, Vieles in Ihrem Vortrag und im Entwurf Ihres neuen Grundsatzprogramm habe ich als Christ und Theologe mit großem Wohlwollen wahrgenommen:

Ihre Verhältnisbestimmung von individueller Freiheit und Verantwortung, Verantwortung fürs Gemeinwesen, Verantwortung für andere Menschen.

Es ist die Rede von wechselseitigen Rechten *und* Pflichten. Sie haben Vieles hier vorgetragen, was ich auch in Ihrem neuen Grundsatzprogramm gut markiert finde:

Die *Balance* im Bild vom Menschen ist m.E. gut betont: Der Mensch ist nach christlichem Verständnis einerseits von Gott befreit, begabt und gewürdigt und andererseits gefordert und mit echter Verantwortung in Anspruch genommen.

Ich habe wahrgenommen, dass in ihrem Programm beim Stichwort „aktive Bürgergesellschaft“ ausdrücklich und sofort von uns Kirchen gesprochen wird.

Sie sagen ausdrücklich, dass musische und religiöse Bildung notwendig ist für eine ganzheitliche Entwicklung. Sie treten ein für eine Stärkung des konfessionellen Religionsunterrichts in allen deutschen Bundesländern. Ich habe wahrgenommen,

dass für Sie die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung ein wichtiger Punkt

ist in Ihrem neuen Grundsatzprogramm. Sie wollen die erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Sie wollen „raus aus der Wegwerfgesellschaft“, Sie wollen, Zitat Grundsatzprogramm, „das Bewusstsein für die Verletzlichkeit der Natur schärfen“, Sie wollen „Kreislaufwirtschaft befördern“. Bei all diesen Sachen ist mir bei der Lektüre das Herz aufgegangen.

Noch ein letztes, was mich gefreut hat, woran ich allerdings die erste kritische Rückfrage anknüpfen möchte. Gleich auf Seite 3 heißt es: „wir begegnen der Welt in Demut, weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen“.

Diese *ideologiekritische* Intention hat mir sehr gut gefallen. Wer Absolutheitsansprüche in die Politik einführt, wird ideologisch – und das muss kritisiert werden. Ich nehme das Stichwort „Ideologiekritik“ auf und möchte Sie durchaus polemisch fragen, ob beim großen Bogen Ihrer Argumentation im Grundsatzprogramm sich nicht auch Ideologie ausspricht. Nicht so offensichtlich vielleicht wie z. B. bei einer ideologischen Staatsgläubigkeit, die man Ihrer Programmatik nicht zum Vorwurf machen kann.

Könnte es sein, dass die Ideologie bei der CDU ein wenig subtiler daherkommt? Die „Ideologie“, die mir beim Lesen Ihres Entwurfs begegnet ist, würde ich mal mit „Allen alles versprechen“ beschreiben.

Ich will ein paar Beispiele nennen, wo mir dieses Phänomen aufgefallen ist, das ich als „ideologisch“ beschreiben würde. Ich muss dazu erläutern, dass ich unter einer ideologischen Politik einen Ansatz verstehe, der sich nicht ehrlich macht, wenn es echte Dilemmata gibt.

Zum Beispiel die Aufnahme von Geflüchteten aus humanitären Gründen. Machen wir uns ehrlich: Die Probleme in der Welt sind so groß, dass Menschen sich immer aus ihrer Heimat fortbewegen werden, weil sie ansonsten sterben oder ein ganz furchtbares Leben haben.

Nun lese ich in Ihrem Grundsatzprogramm, dass Sie die humanitäre Migration irgendwie begrenzen und steuern wollen. Sie erwecken den Eindruck, als könnten Sie auf diese weltweiten Probleme ernsthaft Einfluss nehmen. Das empfinde ich als Ideologie. Sie versprechen in Ihrem Programm „Abschottung und Sicherheit“ genauso wie „Humanität“ und „allen helfen“. Da wünsche ich mir mehr Ehrlichkeit und mehr Ernstnehmen der Dilemma-Situation. Wir müssen uns schon entscheiden, in welche Richtung das Pendel ausschlagen soll: Abschottung *oder* Humanität?

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich nehme Ihnen ab, dass Sie für Humanität stehen – aber ich nehme eben auch ernst, wenn Sie schreiben, dass Sie die echte Abschottung stärken wollen. Das *miteinander* zu versprechen, erscheint mir ideologisch. Es kommt mir vor als ein Versuch, sowohl den AfD-Sympathisanten etwas zu bieten als auch die gesellschaftliche Mitte nicht zu verlieren – all die Menschen, denen ein wirklich humanes Umgehen mit Menschen sehr wichtig ist.

Ein nächstes Beispiel: Auf Seite 3 heißt es „Voraussetzung für Freiheit ist Sicherheit“. Sie haben es in Ihrem Eingangsstatement beschrieben, dass Ihnen die Balance von Freiheit und Sicherheit als Leitbild vorschwebt.

Da frage ich mich: Gehört es nicht zu einer ideologiekritischen Politik dazu, ehrlich zu sagen: Zur Freiheit gehört schon auch das in-Kauf-nehmen von bestimmten Unsicherheiten?! Wer totale Sicherheit will, kann nicht gleichzeitig behaupten, dass dann noch Freiheit herrscht. Freiheit meint: Es kann immer irgendetwas passieren, was man nicht im Griff hat. Etwas Unverfügbares. Menschen jedenfalls, die an Gott glauben, können damit viel damit anfangen, das Vieles in unserem Leben unverfügbar ist.

Noch ein Beispiel zu einer Unwucht in Ihrem Programm, die ich als ideologisch wahrnehme im Sinne dieses „allen alles versprechen“.

Die vielen positiven Bezugnahmen auf die Bewahrung der Schöpfung habe ich wahrgenommen in Ihrem Programm und ich nehme Ihnen ab, dass Sie das ernst meinen. Jetzt lese ich auf Seite 48 etwas von „Marktsteuerungsmechanismen“, die für einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt sorgen werden.

Was jedoch, wenn zum Beispiel die *langfristigen Auswirkungen* unserer heutigen Entscheidungen im Markt in der Gestaltung der Preise gar nicht abgebildet werden? Wie Preise zustande kommen, ist eine ganz wichtige Frage für eine wirklich funktionierende Marktwirtschaft.

Und dass Sie mich bitte nicht falsch verstehen: Ich halte sehr viel davon, dass die Kräfte der *Marktwirtschaft* ganz wichtig sind für die Bewältigung zum Beispiel der Klimakrise! Doch was, wenn z. B. bei der Bildung eines realistischen Preises, sagen wir, für eine Flugreise oder für einen Autokauf der jetzige Markt die langfristigen Kosten nicht wirklich abbildet und integriert?

Ein letztes Beispiel für meine Rückfrage zu diesem „ideologischen Schillern“ in Ihrem Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms. Ganz am Ende, also dort, wo Texte noch

einmal besonderes Gewicht bekommen, auf der letzten Seite heißt es, ich zitiere:
„Wir glauben an die Menschen. Wir nehmen sie so, wie sie sind. Wir wollen sie nicht verändern.“

Schon innerhalb dieser drei Sätze nehme ich – ausgehend vom christlichen Menschenbild – einen Widerspruch wahr. Im ersten Satz markieren Sie, dass Sie ein positives Bild von der Welt und von den Menschen haben. Sie glauben an den Menschen. Sie rechnen also damit, dass wir Menschen - von Gottes Geist bewegt oder von der Vernunft bewegt oder von was auch immer - in der Lage sind, Fehler einzugestehen, Irrwege der Vergangenheit zu erkennen, sich zu ändern, Dinge neu zu denken, andere Wege zu suchen ... Mich haben dann der zweite und der dritte Satz wirklich enttäuscht: „Wir nehmen die Menschen so, wie sie sind. Wir wollen sie nicht verändern.“ Das klingt für mich arg fatalistisch und resignativ. Das klingt für mich mit Blick auf das, was Sie den Menschen zutrauen, viel zu defensiv.

Ich verstehe die Intention. Ich teile es auch, dass man nicht immerzu Menschen agitieren darf, sie nicht moralistisch bevormunden darf. Doch gleichzeitig solch ein resignativer Satz? Da wünschte ich mir ein bisschen mehr Zutrauen zum Menschen, eine nach vorn geöffnete Zuversicht auf Gottes Geist, der Menschen dazu bringt, Fehler zu markieren und *sich zu ändern*.

Sie merken meine Intention: Wir könnten uns jetzt über viele operative Details unterhalten, doch mir geht es mehr um die Grundfrage und die heißt für mich: Hat nicht die CDU auch ihre „Ideologie“, die ich mit „allen alles versprechen“ beschreiben würde?

Prof. Dr. Voigt:

Es soll hier ein Streitgespräch stattfinden - gern nehme ich die Herausforderung an und antworte Ihnen: Nein, wir haben kein ideologisches Weltbild und ich will Ihnen das mit dem letzten Satz auch begründen.

Dass wir den „Menschen nehmen, wie er ist“, finde ich den schwersten Weg, den man gehen kann. Bei aller Demut. Wir wissen im Kern um die Fehlbarkeit jedes Einzelnen und wir haben gar nicht in Anspruch - das unterscheidet uns von jeglicher Ideologie - den neuen Menschen zu schaffen. Egal, ob Sie Kommunismus nehmen oder egal, ob sie den Faschismus nehmen: Beide hatten den Anspruch, einen neuen Menschen zu schaffen. Dagegen finde ich es viel herausfordernder, mit der Komplexität und mit der Unterschiedlichkeit von uns Menschen zu leben und

anzuerkennen, dass jeder trotzdem Gottes Geschöpf ist. Ich finde das viel anstrengender als zu sagen: Ich mache mir den Herrn Demut oder den Herrn Voigt jetzt mal passend. Dies finde ich ist ein viel positiveres Bild des Menschen, als zu versprechen: Na, wenn du jetzt nicht richtig gewickelt bist, dann sagen die einen: Dann weisen wir dich aus, dann bist du weg aus Deutschland oder die anderen sagen: Dann müssen wir dich solange erziehen, bis du richtig denkst! Das finde ich ein bisschen zu unterkomplex für die Vielfalt der Herausforderungen.

Ich nehme mal als Beispiel meine beiden Kinder. Die haben irre Stärken - die haben sie von ihrer Mutter - und sie haben natürlich auch ein paar echte Fehlbarkeiten, die kommen tendenziell eher von mir. Sie haben unterschiedliche Stärken: der eine eher dynamisch-kreativ, der andere eher mit Logik begabt und zurückhaltend unterwegs. Ich finde: Diese Unterschiedlichkeit ist sehr bereichernd. Und jetzt die Brücke zu unserem Programm. Ich sage Ihnen, wo diese unterschiedlichen Pole herrühren: Wir verbinden das, was das christliche Menschenbild ausmacht, mit einem kritischen Rationalismus von Karl Popper und anderen und sagen: In einer offenen Gesellschaft ist alles so lange funktionsfähig, bis man eben etwas Besseres gefunden hat. Beim Stichwort „Technologieoffenheit“ und auch bei vielen anderen Dingen erheben wir nicht den Anspruch, die letzten Antworten zu haben. Das werden sie auch in dem Programm finden, weil ich das selbst reingeschrieben habe: Wir können nur die vorletzten Antworten geben, weil die letzten Antworten, hat Gott. Ich glaube, das nimmt uns den Druck, weil wir wissen, dass wir Fehler machen können. Das ist die Pointe der Demokratie: In der Demokratie ist alles immer korrigierbar. Das ist der Unterschied zu einem autoritären System. Dort entscheidet der große Führer, weil er vermeintlich alles weiß, der entscheidet dann geschwind und man kann die Entscheidung nicht rückgängig machen.

Das macht den Prozess der Demokratie manchmal etwas mühsam. Doch ich halte diesen Spannungsbogen für wichtig: Wir werben für eine offene Gesellschaft, welche diese unterschiedlichen Einflüsse bejaht und die auch weiß, dass alles wieder veränderbar ist, dass es korrigierbar ist. Es ist ein sehr offenes Konzept und im Hinblick auf den Menschen finde ich die von Ihnen zitierten drei Sätze genau richtig. Da stehe ich hundertprozentig dahinter, weil sie das für mich viel mühsamere und viel realistischere Gesellschaftsbild entwerfen, als wenn ich sagen würde, dass ich mir den perfekten Menschen erschaffen möchte.

Ich nehme wahr – und höre auch viel von meinem Vater, der in seiner Kirchengemeinde im Gemeindegemeinderat mitarbeitet -, dass auch in unserer evangelischen Kirche sehr unterschiedliche Sichtweisen und Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungswelten existieren. Diese Unterschiedlichkeit muss miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Ich halte unser Programm für sehr offen und einladend - aber ich respektiere, wenn Sie es anders gelesen haben und werde den Text auch noch einmal daraufhin prüfen.

Doch ich kann Ihnen sagen, es geht nicht darum, allen alles zu versprechen. Im Gegenteil. Ich finde es mutig zu sagen: Das sehen wir anders! Die soziale Marktwirtschaft z. B. und die Frage, wie wir mit ihr umgehen.

Jetzt haben sie ein Beispiel genommen, darauf will ich näher eingehen, weil dies sicher ein Teil der Diskussion werden wird. Wenn ich mir die Migrationspolitik anschau, das, was Sie beschreiben: Da müssen wir uns schon entscheiden! Sie haben gefragt, ob wir uns da jemandem anbieten möchten. Das war ja implizit der Vorwurf, dass wir sowohl dem AfD-Wähler etwas bieten möchten und genauso dem Herz-Jesu-Christen. Das wäre ja eine taktische Antwort auf ein objektives Problem! Eine taktische Antwort wäre jedoch meiner Meinung nach keine Ideologie. Taktik ist keine Ideologie. Es geht meiner Ansicht nach um das objektive Anerkenntnis, dass wir uns in einer wahnsinnig komplizierten Situationen befinden. Zunahme der illegalen Migration, Überforderung von Kommunen und Schulen – diese Themen muss man klären.

Ich habe die Erstaufnahmeeinrichtung Thüringens 2015 in meinem Wahlkreis gehabt. Jeder der 33.000 Flüchtlinge, der 2015 nach Thüringen gekommen ist, ist durch meinen Wahlkreis gegangen. Eine total komplizierte Situation! Im Jahr 2016 bin ich, weil mich das wirklich beschäftigt hat, in den Libanon geflogen und habe dort mit einem Team vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) gesprochen. Ich habe dort auch mit Flüchtlingen geredet. Ich sprach mit einer fünfköpfigen Flüchtlingsfamilie, die haben in einer Unterkunft gehaust, die in etwa meiner Garage zu Hause entspricht. Mit drei Kindern und zwei Erwachsenen. Wahnsinn! Diese Familie hat vom UNHCR 125 Dollar bekommen. Das war der Satz: 25 Dollar pro Person. Von diesen 125 Dollar mussten sie 100 Dollar als Miete für diese Unterkunft begleichen. Ich habe diese Familie gefragt, woher sie kommen und ob sie weiter nach Europa wollen. Sie erzählten mir, dass sie aus Raka stammen und dass sie so

bald als möglich wieder dorthin zurückwollen. Das ist unsere Heimat. Dorthin wollen wieder zurück und unsere Heimat wieder aufbauen.

Diese Begegnung hat mich sehr berührt und sie geht mir nach bis heute.

Und zugleich sind Sie als Politiker hineingestellt in objektive Herausforderungen und sie müssen Antworten für sie finden. Wir haben im letzten Jahr 2023 eine Verdreifachung zu 2021 der Asylanträge in Deutschland erlebt. Von reichlich einhunderttausend auf dreihundertvierzigtausend. Das ist ein reales, ein objektives Thema. Dazu kommen noch ca. 1.000.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Ich selbst unterstütze eine Initiative für Flüchtlinge aus der Ukraine.

Wir müssen diese Herausforderungen irgendwie managen. Die Antwort in den Jahren 2015, 2016 und 2017 war, dass die EU mit der Türkei ein Abkommen schloss, so dass viele Menschen nicht mehr den gefährlichen Weg übers Mittelmeer genommen haben, sondern in der Türkei Aufnahme fanden.

Die Zustände an Orten wie Lampedusa sind erschütternd. Wer das zur Kenntnis nimmt, muss konkrete Antwort finden.

Die Antwort der CDU im neuen Grundsatzprogramm geht über zwei Linien: Erstens wir wollen unterscheiden: Wer braucht unsere Hilfe aus humanitärer Verantwortung?

Und zweitens: Wen brauchen wir objektiv als Fachkräfte oder als Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen gern zu uns nach Deutschland kommen wollen?

Und damit wir unterscheiden können zwischen denen, die aus humanitären Gründen unsere Unterstützung brauchen und denen, die sich aus wirtschaftlichen auf den Weg machen, wollen wir eine Vorabprüfung außerhalb der Europäischen Union einrichten. Diese Vorabprüfung soll entscheiden, wer überhaupt die Aussicht hat, in Europa Gründe für eine Aufnahme nach Asylrecht geltend zu machen.

Man kann das kritisieren. Doch ich bin überzeugt, dass wir hier stimmig zwei Dinge miteinander verbinden: Wir bleiben bei unserem Anspruch, humanitär zu handeln, wir helfen Menschen, die in Not sind einerseits – aber wir signalisieren auf der anderen Seite unserer eigenen Bevölkerung, dass wir als Politik in der Lage sind, Migration zu ordnen und zu strukturieren. Hinter diesem Konzept stehe ich mit voller Überzeugung – ich habe es auch mitentwickelt. Wir müssen das so machen. Wir sind ein weltoffenes Land. Aber wir hängen nicht die Tür zu unserer Wohnung aus. Wir entscheiden selbst, wer zu und kommt und wie viele. Wenn wir es nicht tun, werden

die politischen Scharlatane die Oberhand gewinnen, weil deren Botschaft ist einfach: „Ausländer raus.“ - und das finde ich falsch.

Dr. Demut:

Ich lasse das jetzt so stehen. Wir werden dann auch für Rückfragen des Publikums öffnen.

Ich habe noch zwei knappe Fragen, die ich Ihnen gern noch vorlegen möchte. Seite 33 im Entwurf Ihres Grundsatzprogramms: „Deutschland braucht Mut zu einer Leitkultur“ und Seite 38 heißt es: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“.

Ich will mal beim zuletzt Genannten anfangen: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“. Ich finde, wer solch einen Satz formuliert, müsste ehrlicherweise alle möglichen Menschengruppen aufzählen und dann diese Einschränkung machen. Also zum Beispiel: „Christen, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“ oder „Konfessionslose, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“ usw. usf. Ich finde, wer auf diese Weise die Fokussierung auf bestimmte Identitäten forciert, befördert Kulturkampf und vertieft gesellschaftliche Spaltungen. Ich sehe da auch einen internen Widerspruch in ihrem eigenen Programm. Auf Seite 11 gibt es z.B. ein klares Bekenntnis zum Universalismus - alle Menschen sind gleich – und ein deutliches Votum gegen ein identitätspolitisch forciertes Aufspalten der Gesellschaft. Was ich da auf Seite 11 lesen konnte, hat mich durchaus gefreut.

Zum ersten Satz: „Deutschland braucht Mut zu einer Leitkultur“. Da habe ich mich beim Lesen gefragt: Wie wäre es statt „Leitkultur“ mit „Verfassungspatriotismus“? Genügt nicht der Respekt vor dem Grundgesetz und ein Leben im Rahmen dieses Grundgesetzes statt „Leitkultur“?

Und außerdem: Was soll denn genau zur Leitkultur in Deutschland gehören? Für die einen ist Goethe konstitutiv und für die anderen Heino.

Meines Erachtens erzeugt der Begriff „Leitkultur“ entweder nur Beifall von den falschen Leuten oder er erzeugt bei vielen anderen Menschen Abwehrreflexe und vertieft so die Spaltung, die er eigentlich überbrücken möchte.

Ich finde: „Leitkultur“ hat ein zivilreligiöses Schillern. Das klingt fast wie die Bezugsgröße eines Glaubensbekenntnisses – doch Politik ist keine Religion und ein freiheitlich-säkulares Gemeinwesen ist keine Kirche!

„Leitkulturen“ erscheinen mir als eine Art säkularer Religionsersatz. Wir haben ein wunderbares Grundgesetz, die beste Verfassung, die Deutschland jemals hatte. Dort sind für alle Menschen in unserem Land die Leitplanken gezogen, innerhalb derer wir uns bewegen können. Gerade mit der Intention, Politik und Religion gut auseinanderzuhalten, möchte ich nachfragen, ob nicht der weitaus nüchterner Begriff „Verfassungspatriotismus“ dem Anliegen dienen würde – aber eben ohne diese kulturkämpferische Aufladung, die mit dem Begriff „Leitkultur“ nun einmal verbunden ist.

Prof. Dr. Voigt (denkt an dieser Stelle einige Sekunden nach, ehe er antwortet):

Ich finde einen weltoffenen Patriotismus nicht schlimm. Im Unterschied zu einem Nationalismus. Nationalisten hassen andere, um sich selbst über sie erheben zu können. Ich finde eine grundsätzlich bejahende Einstellung zum eigenen Land als etwas sehr Positives. Gleichzeitig mache ich Sie darauf aufmerksam, dass wir nicht naiv sein dürfen. Ich nehme mal Bezug auf den schönen Satz von Böckenförde, dass der freiheitliche Verfassungsstaat von Bedingungen und Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Wenn Sie sich unser sehr gutes Grundgesetz anschauen, ist offenkundig, dass dort Werte dahinterstehen, die wir uns zwar hier auf dem Podium gegenseitig versichern können – doch bei weniger als 20% Christen in unserem Landstrich wird unter der Würde des Menschen und anderen Dingen im Grundgesetz bei vielen Menschen anderes verstanden als das, was die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 darunter verstanden haben.

Und für diesen heutigen gesellschaftlichen Kontext finde ich den Begriff „Leitkultur“ wichtig. Ich habe mich auch für diesen Begriff in unserem Grundsatzprogramm eingesetzt. Leitkultur ist mehr als nur simpler Verfassungspatriotismus.

Verfassungspatriotismus allein ist mir zu schwach. Unsere Werte, unsere Haltungen und unsere Rechtsordnung hängen mit ganz bestimmten Traditionen zusammen, mit bestimmten Bräuchen, mit einer ganz bestimmten geschichtlichen Verfasstheit.

Wir haben doch eine deutsche Volkskultur von Liedern, Maibaumsetzen oder Ostertraditionen. Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel: Sie haben den Text gelesen und wissen, dass für uns zur Leitkultur unter anderem auch Kampf gegen Antisemitismus steht – und das reicht weit hinaus über das, was man mit „Verfassungspatriotismus“ zum Ausdruck bringen könnte.

Ich denke: „Leitkultur“ spannt einen sehr verantwortungsvollen Bogen. Ich halte den Begriff auch nicht für identitätspolitisch aufgeladen. Identitätspolitik führt Abgrenzungsdebatten. „Leitkultur“ signalisiert m.E. eine Offenheit und zugleich wird gesagt: Diese Gesellschaft weiß, worauf sie fußt. Dieser Staat weiß, worauf er fußt. Wir kennen das Amalgam, das unsere Gesellschaft zusammenhält.

Der Begriff, das finde ich sehr spannend, wurde ja interessanterweise von einem Muslim in die Debatte eingeführt. Bassam Tibi war es und er hat sehr markant deutlich gemacht, dass wir von Bedingungen leben, die wir selbst nicht einfach rechtspositivistisch setzen können.

Es ist gut, dass wir hier so offen diskutieren, ich respektiere Ihren Einwand. Doch ich stehe dafür, dass wir eben auch einen Rahmen setzen müssen. Das unterscheidet uns auch von denen, die erinnerungspolitisch Relativierungen betreiben.

Diese Einstellung, die uns vorschwebt, wächst ja auch. Wir werden bald eine Fußball-Europameisterschaft in Deutschland haben. Ich hoffe, dass sie erfolgreich wird für unsere Mannschaft. Das Jahr ging zumindest gut los. Und Sie werden sehen: Da werden, egal, wo die Menschen herkommen, die hier in Deutschland leben, die unser Land als ihre Heimat ansehen, die werden das deutsche Team feiern.

Leitkultur ist kein statischer Begriff, sondern es ist ein dynamischer, ein offener Begriff.

Jetzt kommen wir zu Ihrer zweiten Rückfrage an unseren Programm-Text: „Muslime, die unsere Werte teilen“

Ich kann Ihnen so viel sagen, dass diese Passage geändert werden wird in der finalen Fassung des neuen Grundsatzprogramms. Sie wird offener formuliert und konkretisiert. Doch sie soll dennoch diejenigen bewusst ansprechen, die nicht akzeptieren wollen, dass wir hier in Deutschland ganz bestimmte Regeln und Wertevorstellungen haben. Hier liegt uns daran, die Unterschiede deutlich zu markieren. Z. B. im Kapitel zum Thema Religionen und ihre Bedeutung für das Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir zählen dort die drei Weltreligionen auf: Christentum, Judentum, Islam. Nun schauen Sie bitte: Wir haben in Deutschland ca. 19 Millionen Mitglieder in evangelischen Kirchen und ca. 20 Millionen Katholiken – zusammen weniger als die Hälfte der Bevölkerung. Zugleich leben in Deutschland ungefähr 6 Millionen Muslime und 150.000 Juden. Von den 6 Millionen Muslimen ist die große Mehrheit voll integriert und trägt zum gesellschaftlichen Gelingen in Deutschland bei.

Doch es wird Ihnen doch nicht anders gehen als mir: Wenn ich mir manche pro-palästinensische Demonstration anschau, wenn ich mir anschau, was in manchen Freitagsgebeten stattfindet. Und wenn dann Erdogan aus Ankara Ansagen macht, was da gedacht werden soll - dann hat das, Verzeihung, nichts mehr damit zu tun, was wir bejahen können. Die Scharia gehört nicht zu Deutschland.

Also: Die von Ihnen beanstandete Passage wird verändert werden, offener formuliert werden und zugleich wird kenntlich bleiben, was wir hier als problematisch ansehen.

Dr. Demut:

Ok. Jetzt klingt es schon sehr allgemein und so, dass man dies für alle möglichen Menschengruppen aufrufen müsste: „die und die ... die unsere Werte teilen“ – und dieses Identifizieren von erstmal unterschiedlichen Menschengruppen im Zusammenhang mit „Werte teilen“ erscheint mir wie dieses identitätspolitische Gift, das ja auch die CDU – wenn ich recht sehe – eigentlich ablehnt.

Prof. Dr. Voigt:

Nein, das hat mit identitätspolitischem Gift nichts zu tun. Schauen Sie: Meine Partei wendet sich überhaupt ausdrücklich dem Religions-Thema zu. Wir drücken uns nicht vor der Debatte, wie andere Parteien das tun. Was ich von den Programmen anderer Parteien wahrnehme – m.E. beschäftigen sich viele gar nicht mit dem Thema. Wir sehen, dass es hier eine echte Aufgabe gibt. Wir sehen die Religionen sowohl als Kraft fürs Miteinander – aber wir sehen eben auch die potenziellen Sprengkräfte von Religionen für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft.

Ich erzähle Ihnen ein Beispiel, weil mich das stark beschäftigt: Ein Mitglied unserer Kommission fürs Grundsatzprogramm bekennt sich offen zu seiner Homosexualität und erzählte, dass er in NRW bei Schulklassen zu Besuch war – und muslimische Schüler setzen sich von ihm weg, als er dort erzählte, dass er schwul ist.

Ich sage Ihnen: Das entspricht nicht meinem Bild von unserer Gesellschaft. Solche Phänomene müssen wir deutlich markieren. So etwas dürfen wir nicht ignorieren.

Wenn wir das ignorieren würden, kämen wir zu einer relativistischen Gesellschaftsbild, das nicht mehr zuließe, dass wir aktiv für unsere Werte eintreten und kämpfen. Doch wir sind ja hier in einem Streitgespräch und ich bin gespannt auf Ihre weiteren Rückfragen.

Dr. Demut:

Ich danke Ihnen sehr für den Austausch bis hierher.